



Kommunales Integrationskonzept der Stadt Freiberg a. N.

**Integration von Mitbürger/innen
mit Migrationshintergrund**

(Stand: 5. Mai 2015)

Erarbeitet durch
Birgit Haiart/Gernot Pflugfelder/Stadt Freiberg a. N.

Angelehnt an das Konzept des Arbeitskreises Kommunalpolitik der Konrad Adenauer Stiftung „Integration vor Ort“, Positionen und Handlungsempfehlungen für eine kommunale Integrationspolitik

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkung

- 1.1 Oberziele
- 1.2 Begriffsbestimmung
- 1.3 Gliederung des Integrationskonzepts

2 Integrationspolitik

- 2.1 Nationale Integrationspolitik
- 2.2 Integrationsarbeit in Freiberg a. N.

3 Handlungsfelder Kommunalen Integrationspolitik

- 3.1 Kommunale Institutionen der Integrationsförderung
- 3.2 Kommunalverwaltung
- 3.3 Medien und Öffentlichkeitsarbeit
- 3.4 Förderung Bürgerschaftlichen Engagements
- 3.5 Kulturförderung/Kulturangebote und Religion
- 3.6 Förderung der Sprachkompetenz in Kindertageseinrichtungen
- 3.7 Schule/Sozialarbeit
- 3.8 Sportförderung und Jugendarbeit
- 3.9 Gesundheit, Vorsorge, Pflege
- 3.10 Förderung in Ausbildung und Beruf
- 3.11 Förderung der Wirtschaft
- 3.12 Wohnen und Leben im Stadtteil
- 3.13 Sozialwohnungen
- 3.14 Besondere Schwerpunktgruppen: Frauen und Asylbewerber/Flüchtlinge

4 Netzwerkpartner

- 4.1 Bestehende Arbeitskreise
- 4.2 Interkulturelles Miteinander
- 4.3 Anerkennungskultur

5 Anhang

- 5.1 Kontaktadressen
- 5.2 Liste der Netzwerkteilnehmer
- 5.3 Statistik Einwohner nach Staatsangehörigkeit

1 VORBEMERKUNG

1.1 OBERZIELE

Freiberg a. N. ist Heimat für Menschen aller Altersgruppen, jeglicher Herkunft und Religionszugehörigkeit. Allen gemeinsam soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Teilhabe, Gleichberechtigung, Selbständigkeit und größtmöglicher Unabhängigkeit gründet.

Erfolgreiche Integrationsarbeit ist auch eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Freiberg a. N..Die Integrationsarbeit zu dokumentieren und zu gewährleisten ist Aufgabe dieses Integrationskonzepts. Gerade in Zeiten des Fachkräfte- und Auszubildendenmangels sind ausländische Fachkräfte aber auch die Potenziale von Freiburger Jugendlichen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung.

Neu Zugewanderten Personen soll die Eingewöhnung in das soziale Umfeld der Stadt durch Hilfe bei der Vermittlung relevanter Kenntnisse und Fähigkeiten, sowie durch ein „aufeinander zugehen“ und eine „Freiberger Willkommenskultur“ erleichtert werden. Für diesen sozialen Umgang tragen/übernehmen alle Bürger Freibergs gleichermaßen die Verantwortung.

Kein Zuwanderer soll dazu genötigt werden, seine Identität, seine Kultur, Herkunft oder Sprache zu verleugnen. Gleichzeitig ist es von fundamentaler Bedeutung, dass die Werte der demokratischen und freien Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vermittelt und die deutsche Sprache erlernt wird.

Um die Integration zu fördern sollen insbesondere Migranten zu bürgerschaftlichem Engagement ermutigt werden.

Die kommunale Gesellschaft Freibergs soll vom gegenseitigen Respekt und der Akzeptanz aller Gruppen, die sich im Rahmen unserer gemeinsamen Rechts- und Werteordnung bewegen, geprägt sein. Das interkulturelle Verständnis und Interesse an Anderen soll gefördert werden.

Vielfalt ist Chance und Potenzial. Vielfalt bereichert und bietet die Möglichkeit des gegenseitigen Lernens. Die persönliche Auseinandersetzung mit Menschen anderer Herkunft, Religion, Sozialisierung und evtl. Krisenerfahrungen anderer, schaffen größere Reflektion des eigenen Verhaltens und Lebensstils. Verschiedenste Studien zeigen außerdem, dass Vielfalt die Innovationsfähigkeit (bspw. Von Unternehmen) fördert.

Gelungene Integration lässt sich nicht mit dem Begriff der Konfliktfreiheit gleichsetzen. Vielmehr ist darauf zu achten, um welche Konflikte es sich handelt. Wenn Zuwanderer im Rahmen unserer demokratischen Rechtsordnung von ihrem politischen Mitspracherecht Gebrauch machen, kann dies zu Differenzen führen, die ein positives Zeichen für eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft darstellen.

1.2 BEGRIFFSBESTIMMUNG

Der Begriff Integration ist vom lateinischen „integratio“ abgeleitet und bedeutet in der Soziologie die Ausbildung

- einer Wertgemeinschaft mit einem Einbezug von Gruppierungen, die zunächst oder neuerdings andere Werthaltungen vertreten, oder
- einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit einem Einbezug von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen von dieser ausgeschlossen und teilweise in Sondergemeinschaften zusammengefasst waren.

Der Prozess der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ist beidseitig. Er besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und anwesender Mehrheitsbevölkerung. Im Gegensatz zur Assimilation (völlige Anpassung), verlangt Integration nicht die Aufgabe der eigenen (kulturellen) Identität.

Im Sinne dieses Integrationskonzepts, soll Integration in drei Ebenen betrachtet werden.

1. Strukturelle Integration

Strukturelle Integration beschreibt den Grad der Partizipation an Kernbereichen der Aufnahmegesellschaft. Diese sind beispielsweise: Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifikation, Wirtschaft, Wohnungsmarkt und Politik. Auf die Stadt Freiberg kommt hier insbesondere im Bereich interkulturelle Öffnung der Verwaltung eine große Verantwortung zu. Im Großen und Ganzen geht es um die Rechte aber auch die Fähigkeit zu gleichberechtigtem Zugang an strukturellen und organisatorischen Prozessen der Gesellschaft.

2. Soziale Integration

Soziale Integration beschreibt den Grad der Einbindung und Vernetzung einer Person in Netzwerke der Aufnahmegesellschaft. Soziale Integration erfordert, neben möglicher Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen zwingend und unerlässlich den Erwerb der Sprache der Mehrheitsgesellschaft. Soziale Integration ist jedoch keine Einbahnstraße. Sie verändert durch die Auseinandersetzung mit Kultur und Werten von Zuwanderern auch die Aufnahmegesellschaft. Indikatoren für soziale Integration sind beispielsweise die Mitgliedschaft in Vereinen, Netzwerken und Verbänden, sowie die Mitwirkung in der Politik und die Zahl der interethnischen Partnerschaften.

3. Identifikatorische Integration

Identifikatorische Integration beschreibt den Grad der subjektiven Integration bzw. der Identifikation von Zuwanderern mit der Ankunftsgesellschaft.

Zentral sind folgende Punkte:

Inwieweit fühlt sich die Person in der Aufnahmegesellschaft angekommen, angenommen und persönlich zugehörig?

Kann sich die Person mit den Gegebenheiten in der Gesellschaft identifizieren?

Nur wenn alle drei Ebenen berücksichtigt werden, kann erfolgreiche Integrationsarbeit geleistet werden. Die Integrationsarbeit in Freiberg soll daher auch alle Bereiche abdecken.

1.3 GLIEDERUNG DES INTEGRATIONSKONZEPTS

Ausgeschlossene und zu integrierende Gruppierungen oder Minderheiten können ethnischer, sozialer oder religiöser Natur sein. Es können aber auch Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen oder Nachteilen sein.

- In diesem Teil des Integrationskonzepts geht es um die „**Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte**“
- des Weiteren kann das Konzept die „**Integration von Menschen mit Behinderungen**“ noch erarbeiten bzw. die vorhandenen Grundlagen mit einarbeiten

Ziel ist es, alle sozialen Themen, also auch das Integrationskonzept in einem Familien- und Sozialpolitischen Konzept Freiberg a. N. zusammenzufassen.

Zum Aufbau des vorliegenden Handlungspapiers:

Grundlage dieses Konzepts sind die Vorgaben aus der Handlungsempfehlung der Konrad Adenauer Stiftung. Zur Einführung der einzelnen Handlungsfelder wird diese meist (wörtlich oder sinnhaft) zitiert. Danach wird der Ist- Zustand in Freiberg a. N. dargestellt, gefolgt von Zielen und Vorschlägen zur weiteren Entwicklung.

Es ist festzuhalten, dass dieses Konzept hauptsächlich der Definition von Handlungsfeldern und der Zielentwicklung dient.

Als Ergänzung soll ein konkreter Maßnahmenkatalog folgen, sobald der Handlungsbedarf in den einzelnen Feldern erörtert wurde. Außerdem können auch nach dessen Verabschiedung weitere Änderungen an Konzept und Maßnahmen erfolgen, da der Integration in Freiberg als dynamischem Prozess, situativ Rechnung getragen werden muss.

2 INTEGRATIONSPOLITIK

2.1 Nationale Integrationspolitik

In den 1950er und 1960er Jahren änderte sich durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Bevölkerungsbild in vielen deutschen Kommunen sehr. Es wurde deutlich, dass viele Arbeiter nicht, wie ursprünglich vorgesehen, wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Vielmehr trat (auf Grund der Gesetzeslage) sogar das Gegenteil ein, und viele ausländische Arbeiter holten ihre Familien nach, um sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. Das von der Bundesregierung geplante Rotationsmodell funktionierte nicht. Die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien gingen nicht wie geplant nach einigen Jahren zurück in ihr Heimatland, sondern blieben weiterhin in Deutschland.

Die Bundesregierung war nur widerwillig bereit, sich einzugestehen, dass Deutschland sich zu einem Einwanderungsland entwickelt hatte. Entsprechend dieser Einstellung waren die Maßnahmen zur Integration auf Bundesebene auch entsprechend gering. Die Hauptverantwortung zur Integration der ausländischen Familien lag von Beginn der Zuwanderung an bei den Kommunen.

Grundsätzlich konnten die Kommunen zwischen zwei Handlungsmöglichkeiten wählen. Sie konnten die Zuwanderer entweder versuchen abzuwehren, oder versuchen sie bei der Integration zu unterstützen. Lange Zeit war kommunale Integrationspolitik durch die Konkurrenz der beiden Ansätze geprägt. Von Seiten des Bundes gab es keine Handlungsanweisung, für die Kommunen, was dazu führte, dass jede Kommune ihren eigenen Weg eingeschlagen hat. Einige Kommunen haben sich für eine kommunale Integrationspolitik entschieden und haben Ausländervertretungen und Ausländerbeauftragte eingesetzt. Andere Kommunen haben sich darauf konzentriert Defizite der Einwanderer auszugleichen. Dies bedeutete eine starke Konzentration auf die sozialen Dienste.

Die Bundespolitik blieb noch viele Jahre nach der ersten Gastarbeiterwelle auf dem Standpunkt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und tat sich deswegen auch mit einer bundesweiten Integrationspolitik schwer. Erst im Jahr 2000 hat die Bundesregierung erstmals eine Kommission zur Vorbereitung eines neuen Zuwanderungsgesetzes einberufen. Damit wurde zum ersten Mal anerkannt und offen ausgesprochen, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist und sich den daraus entstehenden Herausforderungen stellen muss. Ein Ergebnis der Zuwanderungskommission ist das neue Zuwanderungsgesetz, das im Januar 2005 in Kraft getreten ist. In diesem Gesetz ist zum Beispiel geregelt, dass jeder Neuzugewanderte an einem Integrationskurs teilnehmen muss.

Im Jahr 2006 hat die Bundeskanzlerin zu einem ersten Integrationsgipfel eingeladen. Ein Kreis aus Migrantinnen und Migranten, VertreterInnen der Bundesregierung, der Länder und Kommunen, der Kultur, des Sports, der Wissenschaft, der Medien und des bürgerschaftlichen Bereichs, der Kirchen und der Sozialpartner haben erstmals einen nationalen Integrationsplan erarbeitet.

Die VertreterInnen der Kommunen haben im Nationalen Integrationsplan erneut auf die große Verantwortung der Städte, Kreise und Gemeinden bei der Integration hingewiesen. Die am Nationalen Integrationsplan beteiligte Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände hat sich die Selbstverpflichtung auferlegt ihre Mitglieder bei allen Integrationsbemühungen zu unterstützen und zu begleiten.

Als Reaktion auf den Integrationsgipfel hat sie eine Handlungsempfehlung für ihre Mitglieder herausgegeben.

Diese Handlungsempfehlung bezieht sich auf 10 Themenbereiche:

1. Integration als kommunale Querschnittsaufgabe
2. Unterstützung lokaler Netzwerke
3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
4. Gesellschaftliche Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement
5. Sprache und Bildung
6. Berufliche Integration
7. Sozialräumliche Integration
8. Förderung lokaler ethnischer Ökonomie
9. Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit
10. Information und Evaluation

Damit bildet die Bundesvereinigung kommunale Spitzenverbände alle wichtigen Punkte einer kommunalen Integrationspolitik ab. Die Konrad Adenauer Stiftung und die Friedrich Ebert Stiftung haben in ihren Empfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik ähnliche Themenschwerpunkte aufgezeigt.

2.2 INTEGRATIONSARBEIT IN Freiberg a. N.

Freiberg a. N. kann mittlerweile auf über 30 Jahre Integrationsarbeit zurückblicken. Ein Großteil des Erfolgs dieser Arbeit ist auf das Engagement Ehrenamtlicher zurückzuführen.

Bereits 1997 wurde die ehrenamtliche Initiative der Stadt Freiberg a. N. „Bürger für Bürger“ ins Leben gerufen. Hier gibt es u. a. einen Dolmetscherdienst, sowie internationale Kochkurse.

Auch wurden in Vergangenheit Deutschkurse für türkische Mütter angeboten. Diese finden jedoch momentan wegen mangelnder Beteiligung seit Mitte 2012 nicht mehr statt. Der Deutsch-türkische Kultur- und Partnerschaftsverein unterstützt seit Jahren die Integrationsbestrebungen der Stadt Freiberg a. N.. Viele gemeinsame Veranstaltungen fanden statt. Hauptsächlich wird hier das Partnerschaftstreffen mit der Stadt Erzin unterstützt.

Das Potenzial der (Migranten-)Vereine soll in Zukunft noch stärker gefördert und wahrgenommen werden.

Seit dem Jahr 1982 wird in Freiburger Kindergärten die Sprachförderung angeboten. Am 01. August 2012 ist die Verwaltungsvorschrift des Landes SPATZ (Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen mit Zusatzbedarf) in Kraft getreten.

Hier können Kinder ab dem ersten Kindergartenjahr bis zum Schuleintritt gefördert werden. Es gibt zwei Förderwege, zum einen die „intensive Sprachförderung“ (ISK), die durch erfahrene Spracherzieherinnen durchgeführt wird und zum anderen „Singen-Bewegen-Sprechen“ (SBS). SBS wird von unserem Kooperationspartner, der Jugendmusikschule Freiberg/Pleidelsheim durchgeführt. Außerdem finden in Freiburger Kindergärten die unter 3.6 erläuterten KiFa-Kurse (Kinder- und Familienbildung) statt. Diese und weitere Projekte, wie z. B. gemeinsame Feste, an denen landestypische Gerichte mitgebracht werden förderten das gegenseitige Vertrauen und Zusammenleben zwischen Kindern mit und ohne Migrationsgeschichte. Außerdem werden Lieder und

Verse in unterschiedlichen Sprachen erlernt. Durch Erzählungen über Brauchtum und Religionen lernen die Kinder auch hier viel über die Kulturen ihrer Freunde.

Besonders auch im Arbeitsbereich Schule und Übergang in den Beruf konnte viel erreicht werden. Im Frühjahr 2013 wurde ein Fragebogen an die Schüler verteilt, um feststellen zu können, was in den einzelnen Bereichen/Arbeitsgemeinschaften noch gewünscht wird. Hier ist v. a. der Bereich „Sport“ sicherlich ein Gebiet, welches für das Thema „Integration“ passend ist.

Beim Thema Übergang in den Beruf ist der Verein „Jobbrücke“ besonders hervorzuheben. Hier engagieren sich Ehrenamtliche Freibergerninnen und Freibergern als Paten für Schüler der Oscar-Paret-Schule. Ziel ist es, sie beim Übergang in das Berufsleben zu unterstützen. Ergänzend zur Patenschaft findet auch eine Qualifikation in Seminarform mit anerkannten Bildungsreferenten statt.

Ein wichtiges Thema bleibt auch weiterhin die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Vereinen. Hierzu sollen alle Vereine und Organisationen, die in Freiberg ortsansässig sind, regelmäßig nach Aktivitäten gefragt werden, die das Thema „Integration und Migration“ beinhalten.

In der Vergangenheit wurde auch mehrfach das „Internationale Fest“ im Prisma gefeiert. Hier wurde ein buntgemischtes Programm für alle Freibergerninnen und Freibergern angeboten. Letztmalig fand das Fest im Jahr 2008 statt.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist das alljährlich stattfindende „Bürgerfest“, an dem alle ortsansässigen Vereine jeder Couleur, mit Ständen teilnehmen können, um unter anderem landestypische Gerichte und andere Besonderheiten anzubieten. Dies ist eine gute Gelegenheit für die Freibergern Bürgerinnen und Bürger sich zu treffen und sich in den unterschiedlichsten Bereichen auszutauschen.

Auch die Frage, wie man gerade Migranten besser über einzelne Veranstaltungen informieren kann, um sie so besser in das Leben in Freiberg a. N. einzubinden, bleibt eine wichtige Aufgabe. Denkbar wären hier Informationsbroschüren/Flyer über die wichtigsten Neuigkeiten speziell für Bürger mit Migrationshintergrund. Dies gab es bereits vor über 20 Jahren in Form von Veröffentlichungen in den Freibergern Nachrichten (Amtsblatt), wurde jedoch aus Kostengründen nach einiger Zeit wieder eingestellt. Es wäre zu überlegen, ob man nicht zukünftig doch wieder Mittel hierfür bereitstellt. Auch wichtige Infos zum Thema Kindergarten und Schule könnten in mehrsprachigen Flyern bei den zuständigen Stellen ausgelegt werden. Zudem sollten diese Informationen auch auf der Homepage der Stadt Freiberg a. N. abrufbar sein.

Über diese „klassischen“ Bereiche der Integrationsarbeit hinaus ist die Gruppe der Asylbewerber und Flüchtlinge für die Stadt Freiberg a.N. von besonderer Wichtigkeit. Diese Menschen haben Heimat, Familie, Arbeit, Haus, sprich Ihre gesamte Existenz hinter sich gelassen um vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Elend zu fliehen. Viele sind traumatisiert. Sie haben keine Vertrauten/Netzwerke vor Ort und kaum geschützte Räume. Diese Gruppe leidet besonders unter ihrem unsicheren und eingeschränkten Aufenthalts- und Rechtsstatus, sowie der für Viele undurchsichtigen und unverständlichen Zuständigkeiten zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung. Die Leidtragenden sind jedoch die Flüchtlinge und Asylbewerber. Ungeachtet von bürokratischen Abläufen geht es jedoch hier um Menschen und Schicksale. Hier leistet der Arbeitskreis Asyl seit Langem großartige Arbeit. Von Sprachkursen über sozialarbeiterische Dienste in Sprechstunden über Lobbyarbeit und praktische Hilfe wie zum Beispiel die Organisation von Fahrrädern und die Unterstützung bei der Reparatur ebendieser. Viele Ehrenamtliche sind mit großem Einsatz und Engagement bei den vielfältigen Aufgaben des Arbeitskreises dabei. Auch die Stadt Freiberg a.N. stellt sich

dieser Aufgabe. Wo es möglich ist soll der Arbeitskreis Asyl unterstützt werden. Kooperationen sind angestrebt um Ressourcen bestmöglich zu bündeln. Sowohl Verwaltung als auch Bevölkerung erkennen und übernehmen daher besondere Verantwortung für diese Gruppe.

Das wichtigste Ziel bleibt es aber, den Kontakt zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu fördern. Denn nur wenn Begegnungen im Alltag zur Normalität werden, können beide Seiten sich besser kennen lernen und Vorurteile abbauen.

Dieses nun erstellte Handlungspapier für Freiberg a. N. wurde angelehnt an den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung und an die Empfehlung „Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik - Integration vor Ort“ des Arbeitskreises Kommunalpolitik der Konrad Adenauer Stiftung. Die Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik aus beiden Papieren wurden Schritt für Schritt auf Freiberg a. N. übertragen.

3 HANDLUNGSFELDER KOMMUNALER INTEGRATIONSPOLITIK

3.1 KOMMUNALE INSTITUTIONEN DER INTEGRATIONSFÖRDERUNG

3.1.1 Mitsprache von Migrantengremien

In den Handlungsempfehlungen wird die Installierung eines Integrationsausschusses vorgeschlagen, so dass dieser in das System von Beratung und Beschlussfassung eingebunden wird. Mit Hilfe dieses Ausschusses können im Dialog gemeinsam durch die verschiedenen Migrantengruppen und der einheimischen Bevölkerung Konzepte und Lösungen erarbeitet werden, die auch dazu dienen können, Konflikte zwischen Migrantengruppen besser auszubalancieren.

In Freiberg a. N. gibt es bisher keine kommunale Migrantenvvertretung.

Für Freiberg a. N. soll ein fest strukturiertes Integrationsgremium installiert werden, welches regelmäßig dem Gemeinderat Bericht erstattet. Das Gremium soll offiziell vom Gemeinderat berufen werden, um die Wertschätzung zu zeigen und somit hoffentlich auch zu einem dauerhaften Erfolg beizutragen. Idealerweise sollten Mitglieder aus der Verwaltung (Integrationsstelle), der Schulen und Kindergärten, sowie aus allen interessierten Vereinen und Organisationen dabei sein. Darüber hinaus wäre zu überlegen, ob nicht weitere Akteure wie beispielsweise die Polizei, Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften u.a. Teil dieses Gremiums sein sollten, damit eine weit gefächerte Interessenabdeckung erfolgen kann.

3.1.2 Netzwerkarbeit

Erfolgreiche Integrationsarbeit lebt von Netzwerken, die eine Vielzahl von kommunalen Akteuren mit einbinden. Durch Netzwerke werden Kommunikationswege und Vertrauen geschaffen. Außerdem werden so knappe Ressourcen gebündelt. Idealerweise haben diese Netzwerke eine Geschäftsordnung und festgelegte Konfliktregelungsmechanismen.

In Freiberg a. N. fand bisher eine sehr erfolgreiche Vernetzung unterschiedlicher Akteure statt. Allerdings gibt es bisher keinen fixierten Aufgabenkatalog oder eine Geschäftsordnung. Die Aufgaben entwickeln sich aufgrund des aktuellen Bedarfs und der Erfahrungen der Beteiligten.

Die Integrationsstelle der Stadt Freiberg a.N. soll als Mittler zwischen Verwaltung und Migranten tätig sein. Sie soll einerseits die Belange der Freiburger mit Migrationsgeschichte an die Stadt herantragen und andererseits bei Fragen und Problemen der Stadtverwaltung im Umgang mit Migranten helfen und vermitteln.

Zu der erfolgreichen Netzwerkarbeit gehört auch die Verbindung zur Polizei. Als Ansprechpartner bei polizeilichen Fragen zum Thema Integration dient die Integrationsstelle der Stadt Freiberg a. N..

In diesem Zusammenhang kommt der Kommunalpolitik die Aufgabe zu, für das Netzwerk eine feste und auf Langfristigkeit angelegte Arbeitsstruktur zu entwickeln. Koordiniert und überwacht wird diese von ebenfalls von der Integrationsstelle. Eine Geschäftsordnung und gute Konfliktmanagementsysteme verschaffen der Behörde die Möglichkeit, neue Impulse setzen zu können, falls bürgerschaftliches Engagement zu erlahmen droht.

3.1.3 Beratungseinrichtung und Konfliktmanagement

Grundsätzlich ist zu betonen, dass Integration eine Querschnittsaufgabe darstellt und somit „Leistungen“ von allen vorhandenen Beratungsstellen erbracht werden sollten. Daher sind die vor Ort befindlichen Ansprechpartner die ersten Anlaufstellen.

So sollte weiterhin die Schule bzw. Schulsozialarbeit bei schulischen Problemen, die Polizei bei ordnungsrechtlichen Problemen und die Integrationsstelle bei Problemen im Umgang mit der Verwaltung zuständig sein.

Sollten als Problem integrationsspezifische Inhalte ausgemacht werden, so bietet sich in allen Fällen die städtische Integrationsstelle als Ansprechpartner zur Kooperation bzw. Weitervermittlung an.

3.2 KOMMUNALVERWALTUNG

3.2.1 Interkulturelle Kompetenz

Interkulturelle Kompetenz ist auch innerhalb der Kommunalverwaltungen immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Durch Schulungen der Verwaltung, insbesondere derer Personen, die oft mit dem Thema Integration/Migration konfrontiert sind, soll eine Sensibilisierung stattfinden, die das Bewusstsein für den Umgang mit Migranten stärkt.

Bisher gibt es für Bedienstete der Stadt noch keine institutionalisierten Schulungen der interkulturellen Kompetenz.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass die Grundlagen für den richtigen Umgang mit Migranten dieselben sind, wie die im Umgang mit Menschen ohne Migrationsgeschichte. Diese sind Freundlichkeit, Dienstleistungsorientierung, Respekt und Taktgefühl. Daran anknüpfend sind interkulturelle Schulungen sinnvoll. Ohne diese Basis sind Fortbildungen nutzlos.

Die Integrationsstelle soll insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung und Schulen darauf hinwirken, dass (gemeinsame) Schulungen im Bereich Interkulturelle Kompetenz zur Regel werden.

3.2.2 Interkulturelles Personalmanagement

Menschen mit Migrationsgeschichte werden bei der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen in vielen Fällen benachteiligt. Die Stadt Freiberg erkennt das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund und setzt sich zum Ziel, dieses bei künftigen Stellenbesetzungsverfahren ausreichend zu berücksichtigen. Durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund können viele Dinge auf dem „kurzen Dienstweg“ gelöst werden und Probleme im Keim erstickt werden. Außerdem können Migranten als Mitarbeiter der Stadt das Vertrauen von Freibergern mit Migrationshintergrund in die jeweilige Institution erhöhen.

3.2.3 Erhöhung der Dialogbereitschaft

Ein Zusätzliches Gremium (zu dem in 3.1.1 beschrieben) und institutionalisierte Informationsabende werden nicht angestrebt. Vielmehr soll die Integrationsstelle als Sprachrohr und Anlaufstelle für jeden dienen, der sich mit dem Thema Integration auseinandersetzt. Informationsabende –veranstaltungen sollen je nach Bedarf abgehalten werden. Die Vorstellung des Integrationskonzepts und der damit verbundenen Ziele, soll im Rahmen einer Informationsveranstaltung erfolgen.

3.2.4 Identifizierung mit dem Gemeinwesen

Der besondere Akt der Einbürgerung soll gewürdigt werden. Hier werden Migranten die vollen Bürgerrechte als deutscher Staatsbürger verliehen. Durch die Würdigung der Einbürgerung kann die Identifikation mit Deutschland erleichtert werden. Als Wertschätzung soll bspw. am Bürgertag die Anzahl der neuen Staatsbürger erwähnt und sie „Willkommen heißen“ werden. Außerdem könnten mehrsprachige Informationen zum „Weg zur Einbürgerung“ auf der Homepage der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll mittelfristig mit verschiedenen Aktionen (Buch/Broschüre/Film/„Herkunftskarte“ im Rathaus/etc.) einerseits auf die Diversität der Stadtgesellschaft und andererseits auf das gemeinsame Engagement und die Verantwortung für dieselbe hingewiesen werden.

3.2.5 Integrationsforschung / Evaluation, Controlling, Monitoring

Der Integrationsbedarf und –erfolg muss regelmäßig überprüft werden. Dies kann natürlich nur aufgrund aussagekräftiger Daten erfolgen. In Freiberg a. N. sind noch keine Indikatoren festgelegt, die den Erfolg messbar machen. Nur mit einer klaren Aussage über das bisher erreichte kann in Zukunft eine erfolgreiche, zielgerichtete und nachhaltige Integrationsarbeit stattfinden. Eine professionelle Evaluierung sollte anhand einer fundierten Studie durchgeführt werden. Die Studie sollte möglichst umfangreich Aufschluss über unterschiedlichste Bereiche geben, angefangen von der Zuwanderung bis über Entwicklung und Anzahl der Ladengeschäfte oder Anzahl der Eigentumswohnungen von Migranten. Das Thema könnte auch im Rahmen einer universitären Abschlussarbeit bearbeitet werden. Um das Monitoring sinnvoll zu gestalten, muss es laufend im Bereich von 2 bis 6 Jahren wiederholt werden.

Zusätzlich zur „professionellen“ Evaluierung sollte ein regelmäßiges, internes Integrationsmonitoring durchgeführt werden. Hierfür wird ein Indikatorenset entwickelt, das einerseits die städtischen Kapazitäten nicht überfordert und andererseits zuverlässige Aussagen über Entwicklungen im Integrationsbereich ermöglicht. Der Abstand zwischen den professionellen Monitorings muss kürzer sein, je ungenauer das „eigene“ Integrationsmonitoring ist, bzw. kann nur bei genauem eigenem Monitoring die Obergrenze von 6 Jahren erreichen.

3.3 MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Erfolgreiche Integrationspolitik bedarf einer positiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. Hierbei sollten ein positives Image der Integration und ein positives Deutschlandbild vermittelt werden. Auch sollen Integrationsprobleme offen diskutiert werden. Gerade dieser Aspekt soll bei der kommunalen Informationspolitik beachtet werden.

Um auch die Mitbürgerinnen und -bürger mit Migrationshintergrund informieren zu können, könnten als Übergangslösung verschiedene Informationsbroschüren herausgebracht werden, die inhaltlich besonders diese Mitbürger ansprechen. So zum Beispiel eine Art Veranstaltungskalender für interkulturelle Termine. Diese Informationsbroschüre soll auch autochton Deutsche darüber informieren, welche Aktivitäten von den Migrantenvereinen ausgehen. Ziel muss es mittelfristig sein, die oben genannten Aspekte im „normalen“ Kultur- und Veranstaltungskalender unterzubringen. Dort kann man durchaus über besondere Kennzeichnungen o.ä. nachdenken. Grundsätzlich ist ein separater Veranstaltungskalender jedoch eher segregativ als zusammenführend. Zudem wäre es auch wünschenswert, wenn z. B. Hintergrundberichte über Herkunftsländer gebracht werden würden oder evtl. Interviews mit Migranten, die sich sehr gut eingefügt haben und als Vermittler eine große Rolle spielen könnten.

3.4 FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements ist wichtig, da dieses nicht nur integrativ wirkt, sondern auch die Bürgergesellschaft stärkt. Bürgerschaftliches Engagement von Freibergern mit und ohne Migrationsgeschichte soll gefördert und gewürdigt werden.

Das Aufgabenfeld der Koordinationsstelle in diesem Bereich, sollte daher folgende Aufgaben umfassen:

- Die Koordination der Zusammenarbeit von Vereinen, Interessensgruppen, Betrieben, Institutionen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern, der Stadtverwaltung bei gemeinnützigen Projekten
- Die Abstimmung bestehender Angebote aufeinander
- Initiierung neuer sinnvoller bürgerschaftlicher Projekte in Abstimmung mit der Stadt Freiberg a. N. aufgrund der Analyse von Bedarf und Kapazitäten
- Erhebung von Fördermöglichkeiten, Vermittlung und Unterstützung
- Beratung von Organisationen und Unternehmen (Corporate Social Responsibility) bezüglich ihres bürgerschaftlichen Engagements
- Öffentlichkeitsarbeit für Projekte und bürgerschaftliches Engagement
- Entwicklung einer Anerkennungskultur

Das Ziel der Koordination Bürgerschaftlichen Engagement ist die Vernetzung von Engagement von Vereinen und nicht organisierten Engagierten, um einen sozialen Mehrwert im öffentlichen Interesse zu schaffen.

Bürger unterschiedlicher Generationen, Herkunft, Ausbildung und unterschiedlichem Zeitbudget engagieren sich für Ihre Stadt, verfolgen dabei aber auch ihre ganz persönlichen Ziele.

Beim „Bürgertreff“ (Bürger für Bürger) könnte das Bürgerschaftliche Engagement auch im Hinblick auf die Integrationsarbeit stärkere Beachtung finden.

3.5 KULTURFÖRDERUNG / KULTURANGEBOTE UND RELIGION

„Kultur und Sprache sind eine wichtige Zugangsebene, auf der sich Migranten und Aufnahmegesellschaft austauschen. Deshalb müssen Kultureinrichtungen und Kulturelles Engagement Migranten verstärkt ansprechen“.

Das Bürgerfest ist mittlerweile ein wichtiger und fester Bestandteil der Integrationsarbeit in Freiberg a. N.. Hier haben alle ortsansässigen Vereine und Organisationen die Möglichkeit sich und ihr Tätigkeitsfeld vorzustellen und vor allem Freiburger Bürgerinnen und Bürger kennenzulernen.

Das kulturelle Bedürfnis ist bei vielen Migranten vorhanden. Gerade in diesem Bereich sollte daher auch auf Künstler mit Migrationshintergrund zugegangen werden. Auf Ressourcen der Migrantenvereine soll zukünftig verstärkt zugegriffen werden um z.B. Konzerte von Migranten ins Programm mit einzubinden.

Es ist darauf zu achten, Potenziale von Migranten bewusst bei kommunalen/öffentlichen Veranstaltungen zu berücksichtigen. Beim Engagement von Bands, Künstlern, oder auch des Caterings, bei Veranstaltungen, ... sollte zumindest an die Möglichkeit gedacht werden hier in irgendeiner Weise öffentlichkeitswirksam Migranten zu engagieren.

Religion ist gerade in Zeiten fundamentalistischer Terrorakte und religiös motivierter kriegerischer Konflikte ein zentraler Punkt für erfolgreiche Integration. Viele Menschen, mit und ohne Migrationsgeschichte, legen großen Wert auf die Ausübung ihrer Religion. Viele Bürgerinnen und Bürger Freibergs sind auch nicht religiös, oder legen keinen gesteigerten Wert auf religiöse Aspekte. Allen soll ermöglicht werden, Ihren Bedürfnissen soweit zu folgen, wie es mit der Grundordnung unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft vereinbar ist. Niemand darf Nachteile, alleine auf Grund seiner Konfession oder nicht-Zugehörigkeit zu einer Glaubensrichtung erfahren.

Die Stadt Freiberg fördert interreligiösen Dialog im Rahmen Ihrer Möglichkeiten. In der Begegnung soll Vertrauen geweckt, Vorurteile abgebaut und Kooperation unterstützt werden.

3.6 FÖRDERUNG DER SPRACHKOMPETENZ IN KINDERTAGESBETREUUNGSEINRICHTUNGEN

„Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration“.

In Freiberg a. N. wurden bereits 1982 Sprachhelferinnen eingesetzt und nach dem Freiburger Modell geschult (s. auch unter Punkt 2.2).

Der Erfolg der Sprachhelferinnen wird regelmäßig im Rahmen des Integrationskonzepts nachgefragt, damit so die Qualität überprüft werden kann. Gleichzeitig werden verstärkt Fortbildungsangebote für Sprachförderung unterstützt.

Außerdem wurde in Freiberg das bewährte KiFa-Programm im Kindergarten eingeführt. Dieses Programm stärkt über Mütterkurse unter Anleitung einer geschulten Tutorin und

gemeinsame Aufgaben von Eltern und Kind zu Hause die Familie. Das Programm bietet u.a. Anreize und Hilfen zum Spracherwerb für Eltern und Kind. Auch über den Kindergarten hinaus, soll wenn nötig Hilfe beim Spracherwerb angeboten werden. Um dies zu gewährleisten kooperiert die Stadt Freiberg mit den Grundschulen vor Ort. Eine Folge der fruchtbaren Kooperation zwischen Stadt und Schulen war die Einrichtung von Sprachförderklassen, auf Grundschulebene. Diese bieten die Möglichkeit auf Kinder mit speziellem Förderbedarf besonders einzugehen und sie bei der Sprachentwicklung gezielt zu unterstützen. Außerdem sollen auch Erzieherinnen und Erzieher sowohl im Bereich interkulturelle Kompetenz, als auch Spracherwerb/Sprachförderung geschult werden. Dies kann durch Weiterbildungsmaßnahmen, oder auch durch die Mitwirkung der Fachberatungsstelle erfolgen.

3.7 SCHULE / SOZIALARBEIT

Nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache im Kindergarten, sondern auch erfolgreiche Bildung ist ein Indikator für gelungene Integration. Kommunen haben zwar keinen Einfluss auf den Lehrplan, können aber, im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft, auf die Schule Einfluss ausüben. Es ist wichtig, einerseits im Rahmen der Schulsozialarbeit aktiv zu werden, aber andererseits auch Migranten und Migrantinnen für die Arbeit als Lehrer zu gewinnen. Das Kultusministerium hat diesen Weg gewählt und unter dem Namen „Migranten machen Schule“ viele Angebote zusammengefasst. Die Freiburger Schulen sollen, soweit möglich, von der Stadt bei Aktionen im Rahmen von diesem Programm unterstützt werden. Lehrer mit Migrationshintergrund sollen offensiv mit ihrer Geschichte umgehen, die Potenziale ihrer „besonderen“ Fähigkeiten erwähnen und Kinder mit Migrationsgeschichte dazu ermutigen, den Lehrerberuf auszuüben. Außerdem werden Bildungseinrichtungen als Brücke zu den Eltern genutzt um auf diese Weise für Projekte wie etwa „Mama lernt Deutsch“, die betreffenden Teilnehmer zu gewinnen. Gleichzeitig soll das Thema Integration auch bei anderen Gelegenheiten (Schulfeste, AG's, ...) berücksichtigt werden. Seit 2007 gibt es die Lernwerkstatt e. V., eine Initiative von Eltern, Schulleitern, Lehrern, dem Fachsozialarbeiter der Oscar-Paret-Schule und engagierten Übungshelfern. Hier wird Hilfe organisiert für Schüler mit Problemen beim Lernen und Arbeiten, aber auch für Schüler mit Betreuungsdefiziten. Im Vordergrund steht, neben der Vermittlung von Grundlagen, auch die Arbeitsorganisation und das Vermitteln effektiver Lerntechniken. Neben Einzel- und Gruppenförderung (Lernprobleme, Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Rechenschwäche) gibt es noch die Hausaufgabenbetreuung und ein Ranzenpacktraining. Im interdisziplinären Team der Lernwerkstatt arbeiten pädagogisch fortgebildete Fachkräfte als Übungsleiter. Regelmäßige Fortbildungen sichern die Qualität der Förderangebote.

3.8 SPORTFÖRDERUNG UND JUGENDARBEIT

„Sport führt Menschen durch gemeinsame Interessen zusammen“.

Sport kennt keine Unterschiede nach Herkunft. In der gemeinsamen Bewegung, dem gemeinsamen Streben nach Erfolg und der Kooperation findet ein Miteinander statt, das so in anderen Bereichen nur schwer erreichbar ist. Viele Sportarten (insbesondere Fußball) sind auf der ganzen Welt bekannt. Die Regeln meist überall identisch und um Sport zu machen sind häufig keine oder nur geringe Sprachkenntnisse nötig.

In Sportvereinen engagieren sich außerdem viele Menschen mit Migrationshintergrund. Sie übernehmen selbstverständlich, ehrenamtlich als Trainer, Betreuer, Schiedsrichter, Ordner, usw. Verantwortung.

Beim jährlichen Bürgerfestlauf können die Kindergärten, Schulen und sonstige Vereine neben Privatpersonen teilnehmen. Da hier die Nationalitäten übergreifend vorhanden sind, ist dies ein guter Versuch die Zusammenarbeit zu fördern.

Die Vereine werden vom Netzwerk als Partner genutzt, weshalb anzustreben wäre, dass auch über die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement die Zusammenarbeit und die Vernetzung weiter gefördert werden.

Darüber hinaus sollen (Sport-)Vereine ermutigt und unterstützt werden,

1. Sonderlösungen für die Teilnahme von Asylbewerbern am Vereinsgeschehen zu entwickeln und 2. Weitere, „integrative“ Veranstaltungen durchzuführen. (Als Beispiel eine Mini-WM/ Freiberg-WM, bei der alle in Freiberg vertretenen Nationalitäten repräsentiert sind, mit passendem Rahmenprogramm.)

Jugendarbeit findet in Freiberg auf vielfältige Art und Weise statt. Für Jugendliche spielt der Aspekt der Identitätsfindung (und somit auch der Herkunft) eine gewichtige Rolle. Diese Identität auch zu Teilen in der deutschen Gesellschaft zu finden, soll Teil der Jugendarbeit sein. Es ist jedoch auch festzuhalten, dass die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen mit Migrationsgeschichte seine Heimat und wichtige Teile seiner Identität mit Deutschland bzw. Freiberg verbindet. Außerdem ist Herkunft unter Jugendlichen zwar ein wichtiges, jedoch keinesfalls trennendes Thema. Darüber hinaus ist nicht geplant, spezielle „integrative“ Angebote zu schaffen. Es geht vielmehr darum allen Jugendlichen ein Angebot zu machen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

3.9 GESUNDHEIT, VORSORGE, PFLEGE

Maßnahmen der Gesundheitsförderung dürfen nicht an Sprach- oder kulturellen Barrieren scheitern.

Hinweise auf Gesundheitsangebote sollen ggf. in unterschiedlichen Sprachen übersetzt werden.

Außerdem soll hier auch explizit auf die Möglichkeit des ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes verwiesen werden. Solange keine schwerwiegenden medizinischen Entscheidungen betroffen sind, kann dieser eine äußerst nützliche Hilfestellung beim sprachlichen und vor allem auch kulturellen Dolmetschen sein.

Großer Handlungsbedarf besteht im Bereich der kultursensiblen Pflege. Schon heute fühlen sich nach einer Studie der Berliner Charité weniger als 50% der Migranten im Alter ausreichend unterstützt. Die Chancen, die dieser Bereich bietet werden angesichts der neuen „Spartenpflegedienste“ in Ballungsräumen deutlich. Der Bedarf ist heute also schon gegeben, wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten jedoch noch deutlich erhöhen. Allein aus Gründen des demographischen Wandels ist diese Entwicklung vorhersehbar. Vor allem Pflegekräfte in Altersheimen oder Pflegediensten in kommunaler Trägerschaft sollten daher interkulturell fortgebildet werden.

Darüber hinaus sollen Migranten im Bereich bürgerschaftlichen Engagements besonders auch für die Seniorenarbeit gewonnen werden, um Vertrauen bei den Senioren mit Migrationsgeschichte zu erwecken und sie in die Angebote zu integrieren. Vielen Migranten, deren Familienangehörige aus Gründen von Erwerbstätigkeit in größerer Entfernung leben, droht andernfalls Vereinsamung.

3.10 FÖRDERUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF

„Wer Arbeit hat, integriert sich leichter.“

Arbeit ist nach Sprache der „Integrationsmotor“. Wer Arbeit hat kommt (fast immer) in Kontakt mit Personen aus der Herkunftsgesellschaft. Durch Zusammenarbeit wächst Vertrauen. Außerdem können im Alltag Sprachkenntnisse nebenbei noch verbessert werden.

Arbeit bringt aber auch Geld und somit die Möglichkeit einfacher am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, Mitgliedschaften in Vereinen zu bezahlen oder ein Restaurant zu besuchen u.v.m..

Letztlich schafft Arbeit durch das verdiente Geld die Möglichkeit sein Leben einfacher und eher so zu gestalten, wie man es sich vorstellt. Somit schafft Arbeit auch Zufriedenheit, ein sehr wichtiger Faktor für erfolgreiche Integration.

Es gibt sehr positive Erfahrungen aus dem Projekt „Ausländische Betriebe bilden aus“ der IHK.

Link:

https://www.stuttgart.ihk24.de/aus_und_weiterbildung/ausbildung/Ausbildungsbetriebe/Auslaendische_Betriebe_bilden_aus/

Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der sich laut Prognosen in den nächsten Jahren noch drastischer zeigen wird, soll eine engere Kooperation von Schulen und Unternehmen entstehen. Den Unternehmen sollen die Chancen und Potenziale von Migranten deutlicher vor Augen geführt werden, um so eine „win-win Situation“ für Schulabgänger bzw. Fachkräfte und Unternehmen zu schaffen.

Ansprechpartner könnten die Wirtschaftsförderung der Stadt Freiberg a.N. und das Freiburger Unternehmerforum, das sich vielfältig engagiert sein. Es wäre es sinnvoll auf diesem Weg auch mit den ortsansässigen Firmen in Kontakt zu treten.

Der Verein „Jobbrücke“ übernimmt in diesem Bereich schon einige Aufgaben und vermittelt derzeit bereits zwischen Firmen und Schulabgängern. Die Aktivitäten des Vereins sollen auch weiterhin im Rahmen des Möglichen unterstützt werden.

Es soll generell bei Unternehmen das Bewusstsein für das Thema „Migranten als Azubis/Arbeitnehmer“ gestärkt/geweckt werden.

3.11 FÖRDERUNG DER WIRTSCHAFT

„Auch Migranten selbst sind wichtige Arbeitgeber. Oftmals sind ihre Betriebe Anlaufstellen und Informationszentralen für Migranten. Vielfach ergänzen sie die lokale Infrastruktur.“

Für Unterstützung bei der Existenzgründung von Migranten steht das IQ (Integration durch Qualifizierung) Netzwerk, dass von der Agentur für Arbeit und verschiedenen Bundesministerien unterstützt wird, zur Verfügung.

3.12 WOHNEN UND LEBEN IM STADTTEIL

Vor allem in Wohnquartieren mit ethnischer und sozialer Segregation sind besondere Integrationsmaßnahmen „vor Ort“ notwendig.

In Freiberg a. N. ist kein Ansatz von Gettobildung ersichtlich und zu erwarten. Daher besitzt dieser Bereich momentan eher geringere Priorität.

3.13 SOZIALWOHNUNGEN

„Über die Sicherstellung preiswerten Wohnraums, Sonderregelungen bei der Wohnraumbelastung und die Begrenzung der Mietnebenkosten können Kommunen einen Integrationsbeitrag leisten.“

(Zitat Handlungsempfehlungen)

In Freiberg gibt es keine städtischen Sozialwohnungen. Lediglich städtische Wohnungen werden angeboten. Diese sind jedoch, soweit sie dem neuesten Standard entsprechen, miettechnisch nicht günstiger als privat vermietete Wohnungen.

Es ist jedoch festzustellen, dass ein Großteil der städtischen Wohnungen von Bürgern mit Migrationshintergrund angemietet sind.

Diese Tatsache ist positiv. Der durch zahlreiche Studien belegte „Diskriminierungseffekt“ für Migranten bei Job- und Wohnungssuche ist im Bereich der städtischen Wohnungen nicht zu erkennen.

Asylbewerber und Flüchtlinge finden auf dem regulären Mietmarkt noch viel schlechter Wohnraum. Für diese Gruppe ist es jedoch immens wichtig, sich nach Ablauf der vorgeschriebenen Fristen von den Zuständen in den Sammelunterkünften entfernen zu können. Dadurch wird ein geregelter Lebenslauf, die Aufnahme einer Arbeitsstelle, Teilnahme am kommunalen Sozialleben uvm. deutlich erleichtert, bzw. erst ermöglicht. Eigener Wohnraum kann Selbständigkeit schaffen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn genügend beziehbare Wohnungen vorhanden sind. Aus diesem Grund sollen bei der Vermietung von kommunalem Wohnraum auch Asylbewerber entsprechend berücksichtigt werden.

3.14 Besondere Schwerpunktgruppen: Frauen und Asylbewerber/Flüchtlinge

Frauen als Akteure in der Integrationsarbeit

Gerade durch Migrantinnen können in der Integrationsarbeit Netzwerke aufgebaut und Familien mit Migrationsgeschichte erreicht werden. Gleichzeitig ist im Spracherwerb häufig bei dieser Gruppe eine unterdurchschnittliche Quote zu beobachten. Daher müssen Frauenspezifische Angebote ausgebaut werden. Die Projekte sollten Frauen unterschiedlicher Gruppen ansprechen und so zusammenführen. Besonders im Bereich der Frauenarbeit ist hohes Engagement und Offenheit (nach anfänglicher Zurückhaltung) der Teilnehmerinnen festzustellen. Aus diesem Grund eignet sich die Zielgruppe „Frauen“ besonders für ehrenamtliche, interkulturelle Projekte.

Asylbewerber/Flüchtlinge

Asylbewerber und Flüchtlinge verdienen besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung der Öffentlichkeit. Hierfür gibt es in Freiberg schon sehr gute Ansätze. Ehrenamtliche setzen sich bspw. beim Arbeitskreis Asyl vielfältig für die Belange der Flüchtlinge ein. Gleichzeitig können ausdrücklich viele bestehende Angebote wie etwa die Kleiderkammer von Asylbewerbern genutzt werden. Trotzdem müssen Hilfe und Integrationsarbeit weiter ausgebaut werden. Dies soll insbesondere durch die Initiierung von Projekten und die Gewinnung, Unterstützung und Begleitung von bürgerschaftlich engagierten Freibegerinnen und Freibergern erfolgen.

Höchste Priorität gilt der Unterstützung von Sprachkursen für Asylbewerber. Da es im Gegensatz zu anderen Zuwanderergruppen für Flüchtlinge und Asylbewerber keine

institutionalisierten und finanziell unterstützten Sprachkurse gibt, muss diese Lücke von Ehrenamtlichen aufgefangen werden. Den AK Asyl bei der Gewinnung und Begleitung zu unterstützen ist Aufgabe der Integrationsstelle.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Integration und auch zur Vermeidung von Kriminalität und Frustrationserlebnissen ist Anerkennung und Wertschätzung. Flüchtlinge haben in Deutschland nur eingeschränkte Rechte. Diese Einschränkungen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bewegungsfreiheit) können dazu führen, dass aus einem Gemisch aus Langeweile, Frustration, mangelnder Wertschätzung und einem Gefühl der Ohnmacht, Integrationstendenzen zunichte gemacht und Distanzen zur Aufnahmegesellschaft vergrößert werden. Diese Entwicklung kann zu negativen Entwicklungen, bis hin zu offener Kriminalität führen. Daher soll diese Gruppe, beispielsweise bei der Suche nach Arbeit oder „sinnvollen“ Tätigkeiten in Vereinen in Freiberg, unterstützt werden. Hier ist auch auf besondere Begabungen und Fähigkeiten (z.B. Berufsabschlüsse) zu achten. Durch die möglichen Erfolgserlebnisse und Wertschätzung wird Integration erleichtert und Ausgrenzung und Kriminalität vorgebeugt. Die Stadt Freiberg a.N. geht bei diesem Ziel beispielhaft voran und beschäftigt schon heute Asylbewerber im gesetzlich möglichen Rahmen. Die Anzahl soll nach Möglichkeit gesteigert werden. Gleichzeitig wirbt die Stadt Freiberg a.N. über ihr eigenes Engagement hinaus für die Beschäftigung von Asylbewerbern und bietet dazu im Rahmen der Integrationsstelle auch die Möglichkeit an, interessierte Institutionen und Betriebe zu beraten.

Die Integrationsstelle initiiert außerdem ein „Berufsnetzwerk“ und eine Messe, um Asylbewerber und Unternehmen zusammen zu bringen und vom eintägigen Praktikum bis zum Ausbildungsvertrag oder einer Anstellung Hilfe beim kennen lernen des und beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu bieten.

4 NETZWERKPARTNER

4.1 BESTEHENDE ARBEITSKREISE

Derzeit bestehen keine Arbeitskreise, die sich des Themas „Migration/Integration“ annehmen. Hierzu bleibt abzuwarten, was sich unter Punkt 3.1.1 entwickelt.

4.2 INTERKULTURELLES MITEINANDER

4.2.1 Städtepartnerschaften

Die älteste Bindung besteht zu der 20 Kilometer nördlich von Paris gelegenen Stadt Soisy sous Montmorency (16.000 Einwohner). Bereits seit 1980 gab es partnerschaftliche Beziehungen, die dann 1984 in eine offizielle Partnerschaft umgewandelt wurden.

Im Sommer 1999 wurde aus Anlass des 15-jährigen Bestehens dieser Partnerschaft der Freundeskreis Freiberg/Soisy ins Leben gerufen. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, die bestehende Partnerschaft zusätzlich zu aktivieren und noch weiter auszubauen. Im Rahmen der Partnerschaft Freiberg-Soisy findet in jedem Jahr ein großes dreitägiges Partnerschaftstreffen statt. Dieses Treffen wird im jährlichen Wechsel in Freiberg a. N.

und Soisy durchgeführt. Daran nehmen verschiedene Vereine, Abteilungen, Organisationen und teilweise die Kirchen von beiden Städten teil. Auch viele Bürger beider Städte, die keinem Verein angehören, haben zwischenzeitlich Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen und beteiligen sich ebenfalls rege an diesen Besuchen.

Im Jahr 1990 wurde die Partnerschaft mit der Stadt Roßwein im Landkreis Döbeln offiziell besiegelt. Roßwein (ca. 8.000 Einwohner) liegt im Herzen Sachsens, in einer landschaftlich schönen Umgebung.

Verschiedene Vereine, Gruppierungen, Abteilungen und Bürger von Freiberg a. N. unterhalten Kontakte in die sächsische Partnerstadt.

Im Jahr 1996 wurde die Deutsch-Türkische Städtepartnerschaft mit der an der Küste des Golfs von Iskenderun am Mittelmeer gelegenen Stadt Erzin gegründet.

Regelmäßige, gegenseitige Partnerschaftsbesuche bieten Gelegenheit Menschen, Landschaften, Kultur sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den beiden Regionen der Partnerstädte kennen zu lernen.

Bereits seit 1991 besteht die Schulpartnerschaft zwischen der Oscar-Paret-Schule in Freiberg a. N. und dem Bahri-Celen-Anadolu-Lisesi in Erzin. Jedes Jahr im Wechsel besuchen sich Schülergruppen aus Erzin und Freiberg a. N. gegenseitig. Der Schüleraustausch ist die Zukunftsbasis der Städtepartnerschaft und der interkulturellen Verständigung.

Seit 1997 engagiert sich der Deutsch-türkische Kultur- und Partnerschaftsverein für die Freundschaft und Verständigung zwischen Erzin und Freiberg a. N.. Heute zählt der Verein knapp 100 Mitglieder. Die Mitglieder organisieren immer wieder Hilfsaktionen für soziale Einrichtungen in der Region Erzin. Neben den offiziellen Partnerschaftstreffen, die aktiv unterstützt werden, gibt es auch selbständig organisierte Reisen, die den Kontakt verstärken.

Die Städtepartner Erzin und Freiberg a. N. besiegelten 1998 eine Umweltpartnerschaft, die durch die Stiftung EURONATUR und den BUND Freiberg unterstützt wird. Ziele der Umweltpartnerschaft ist es, sich gemeinsam für den Erhalt der Umwelt einzusetzen und ein Bewusstsein für schützenswerte Ökosysteme zu wecken, auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus.

Bereits sieben Mal konnten bisher Umwelt-Jugend-Camps angeboten werden, bei denen Jugendliche aus Erzin, Freiberg. N., Újhartyán und Soisy im Einsatz für Natur und Umwelt aktiv waren.

Nach 20-jähriger Freundschaft mit der ungarischen Stadt Újhartyán, die mit ihren knapp 3000 Einwohnern 40 Kilometer südlich von Budapest liegt, wurde 2012 die vierte Partnerschaft offiziell besiegelt.

Die einst deutsch-ungarische Gemeinde, in der bis 1945 fast durchgehend Deutsch gesprochen wurde und in der Grundschüler auch heute Deutschunterricht erhalten, will ihre Ursprünge und Traditionen pflegen.

Vor allem auch Menschen mit Migrationshintergrund sollten weiterhin verstärkt in die Partnerschaftsbeziehungen einbezogen werden. Die Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Türkischen Verein bei den Partnerschaftstreffen mit Erzin klappt bestens.

4.3 ANERKENNUNGSKULTUR

Zur Förderung freiwilligen Engagements bedarf es der konsequenten Entwicklung einer Anreiz- und Anerkennungskultur.

Die Anerkennungskultur ist eine wichtige Säule der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Die Ehrungspraxis ist ein Instrument, um Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Weise für ihre Leistungen für das Gemeinwohl zu danken. Sie dient ebenfalls dazu, diese Verdienste öffentlich sichtbar zu machen. Es wird dadurch deutlich, dass die in dieser Weise hervorgehobenen Bürger Vorbilder für andere sind. Damit können Anreize auch für Dritte geschaffen werden, sich selbst zu engagieren.

Bei Ehrungen sollte auch ein Augenmerk auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant/innen gelegt werden. Beurteilungsgrundlagen sollten die Ehrungsrichtlinien der Stadt sein.

Weiterhin findet jährlich die Dankfeier für die ehrenamtlich Tätigen von „Bürger für Bürger“ statt. Man könnte die Ehrungen evtl. in diesen Bereich mit aufnehmen. Ebenso denkbar wäre es, diese Ehrungen beim Bürgertag anzusiedeln.

5 ANHANG

5.1 KONTAKTADRESSEN

(siehe auch Internetseite www.freiberg-an.de)

5.1.1 Koordination Bürgerschaftliches Engagement Freiberg a. N.

Organisationseinheit	Ansprechpartner/in	Telefon- Nummer	eMail-Adresse
BE-Koordinator (Stadt Freiberg a. N.)	Gernot Pflugfelder	07141- 278133	g.pflugfelder@freiberg-an.de

5.1.2 Örtliche Partner (Stadtverwaltung, Organisationen und Vereine)

Verein/Projekt	Ansprechpartner/in	Telefon- Nummer	eMail-Adressen
Städtepartnerschaften	Bernhard Joos (Soisy, Roßwein, Újhartyán)	07141- 278128	b.joos@freiberg-an.de
	Gernot Pflugfelder (Erzin)	07141- 278133	g.pflugfelder@freiberg-an.de
Tauschring	Martin Waldenmaier	07141- 7025981	mw@waldenmaier-edv.de
Schulsozialarbeit	Jürgen Schmidt	07141- 790031	beratungsstelle@freiberg-an.de
Lernwerkstatt	Rosel Müller	07141- 278237	info@lernwerkstatt-freiberg.de
Jobbrücke	Tilman Raff (1. Vorsitzender)	07141- 6499282	info@jobbruecke-freiberg.de
AK-Asyl	Andreas Bühner	07141- 271645	andreas.buehrer@elkw.de

5.2 Liste der Netzwerkteilnehmer

Verein/Organisation	Telefonnummer	Ansprechpartner/in
Vereine		
Kirchen		
Städtische Bereiche		
Schulen		
Gemeinderatsfraktionen		
Einzelpersonen		

5.3 Statistik Einwohner nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	<u>Männlich</u>	<u>Weiblich</u>	<u>Insgesamt</u>
Deutschland	6.731	7.218	13.949
Italien	249	178	427
Türkei	213	208	421
Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien¹⁾	162	152	314
Griechenland	28	32	60
Portugal	35	13	48
Österreich	19	18	37
Spanien	17	16	33
Sonstige Nationalitäten	334	226	560
USA	14	11	25
Gesamtsumme Ausländer	1.071	854	1.925
Gesamtsumme	7.802	8.072	15.874

1) Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden alle Staaten auf dem ehemaligen Staatsgebiet Jugoslawiens zusammengefasst.

Stand: 30.06.2013

15.874 Einwohner in Freiberg a. N.

Deutsche:

13.949 Einwohner

Ausländer:

1.925 Einwohner

Dies ergibt einen derzeitigen Ausländeranteil in Höhe von 12,13 %.

